



Grußwort



Anita Kirsten
Landesbezirksvorsitzende der
GdP Brandenburg

35 Jahre GdP Brandenburg, 24 Jahre GdP Brandenburg für mich.

Selbstverständlich bin ich mit Beginn meines Studiums der GdP beigetreten. Wie so viele Mitglieder hat auch Bodo Böhlemann maßgeblich dazu beigetragen, die GdP und ihre Stärke so sichtbar zu machen, dass kaum jemand an ihr vorbeikam. Richtig aktiv wurde ich allerdings erst im Jahr 2004 – mit der Jungen Gruppe und einer guten Portion Tatendrang in der Kreisgruppe Besondere Dienste. Aktiv hieß für mich nicht „ein bisschen mitmachen“, sondern mit Haut und Haaren dabei sein. Was zunächst nach einem lockeren „Reinschnuppern“ aussah, entwickelte sich schnell zu einer tiefen Verbundenheit: mit der Idee einer verbindenden Gewerkschaft, mit dem Treffen wunderbarer Menschen und mit einer gemeinsamen Mission. Meine ersten Schritte ging ich gemeinsam mit Mathias, Mike und vielen anderen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der Jungen Gruppe. Kleine Aktionen – große Wirkung, getragen von ganz viel Teamgeist. Ob RESPEKT-Kampagne oder „Auch Mensch“ – wir waren mittendrin statt nur dabei. Auf Jugendkonferenzen quer durchs Bundesgebiet haben wir nicht nur mitdiskutiert, sondern sichtbar Zeichen gesetzt. Unser Ziel war klar: Gewerkschaftsarbeit sollte jung, laut und lebendig sein.

Einer meiner prägendsten gewerkschaftlichen Einsätze war der Castortransport in Niedersachsen. Länderübergreifend, herausfordernd und – sagen wir es, wie es war – mit sehr begrenztem Komfort für unsere Kolleginnen und Kollegen. Aber gerade dort zeigte sich, was Gewerkschaft bedeutet: Wir haben improvisiert, organisiert, Kaffee verteilt, Zahnbürsten besorgt und mit einer Notfallhotline für den nötigen Draht gesorgt. Die GdP war vor Ort – präsent, unterstützend, verlässlich.

2006 durfte ich das Land Brandenburg im Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand vertreten – eine große Ehre und eine noch größere Herausforderung. Vielleicht war es sogar ein bisschen früh, um das große Ganze zu überblicken. Aber dieser Sprung ins kalte, politische Gewerkschaftswasser gab mir die Möglichkeit, Menschen kennenzulernen, die mich bis heute begleiten. Ich habe unglaublich viel gelernt und meinen Blick erweitert.

Meine erste Großdemo im Land Brandenburg 2011 war ein echtes Gänsehaut-Erlebnis. Mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen demonstrierten gegen Sparpolitik und Kürzungen – und für Akzeptanz, Respekt und Wertschätzung. Die Rede von Andreas Schuster machte damals deutlich, welche Wirkung politische Entscheidungen haben. Die Auswirkungen von damals spüren wir teilweise noch heute. Ich war frischgebackene Mutter – meine Kinder sind im wahrsten Sinne des Wortes mit der Gewerkschaft aufgewachsen. Sie kennen ihre Rechte (und fordern sie auch ein), haben bei Festen geholfen, Plakate getragen und wissen, was Solidarität bedeutet – und dass nichts selbstverständlich ist.

Dass ich nach 20 Jahren aktiver Mitgliedschaft den Landesvorsitz von einer Institution wie Andreas übernehmen würde – das war weder geplant noch kalkuliert, aber vielleicht gerade deshalb genau richtig. Andreas hat die GdP Brandenburg geprägt: stark, präsent, selbstlos. Unter seiner Ägide wurden wir nicht nur gehört, sondern auch gesehen – in den Medien, in der Politik, in der gesamten Gewerkschaftslandschaft. Mit mir hat sich die Führung zwar verändert, aber mein Ziel ist klar: die wichtigste Ansprechpartnerin innerhalb der Gewerkschaftslandschaft zu sein, verlässlicher Schutz und starke Partnerin für unsere Kolleginnen und Kollegen – und ein Zuhause für unsere aktiven Mitglieder.

In den vergangenen drei Jahren meiner Amtszeit haben wir gemeinsam viel bewegt. Wir haben die Digitalisierung unserer Strukturen vorangetrieben, politische Gespräche intensiviert und Themen wie psychische Gesundheit, Arbeitszeit und Wertschätzung fest auf die Agenda gesetzt. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir in schwierigen Zeiten als Team zusammengehalten haben – in der Geschäftsstelle, in den Kreisgruppen, im Landesvorstand.

Ein ganz besonderer Dank gilt meinem GLBV und LBV, für das entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung. Im Besonderen ein großer Dank an Micha – mein Fels in der Brandung. Wer ihn kennt, weiß, er weiß in jedem Fall über die meisten Prozesse im Land Bescheid, kennt die Mitglieder und deren Geschichten. Mit Rat, Rückhalt und einer Prise Humor hat er mir den Einstieg als Landesvorsitzende enorm erleichtert. Und natürlich ein Hoch auf das großartige Team in der Geschäftsstelle – echte Alltagsheldinnen!

Heute feiern wir 35 Jahre erfolgreiche, sichtbare und engagierte Gewerkschaftsarbeit in Brandenburg. Das ist keine Einzelleistung – das ist das Werk vieler Schultern, vieler Stimmen, vieler Herzen. Ich bin stolz, ein Teil davon zu sein. Und wenn ich auf meine bisherige GdP-Zeit zurückblicke, denke ich: Schön war's. Anstrengend auch. Aber vor allem: sinnvoll, lebendig und zutiefst menschlich.

Wir schützen Beschützer.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: Unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, kannst Du Dich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktinformationen scannen!

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Grußwort

Liebe Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei,
liebe Leserinnen und Leser,

herzlichen Glückwunsch an alle Mitglieder und an alle Freundinnen und Freunde unserer GdP in Brandenburg! Der 35. Geburtstag in diesem Jahr bedeutet, dass engagierte Polizistinnen und Polizisten sich schnell nach der Wiedervereinigung aufgemacht haben, um für eine starke Interessenvertretung zu sorgen. Wer Mitglied der GDP ist, setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen nicht untergehen, sondern in Politik und Gesellschaft deutlich vertreten werden. Diese Gewerkschaft gibt denen eine Stimme, die tagein, tagaus für unsere Sicherheit unterwegs und dabei hohen Belastungen ausgesetzt sind. Deshalb ist die GdP so wichtig, deshalb ist sie aus Brandenburg nicht wegzudenken und deshalb brauchen wir sie!

Nicht nur zu diesem Anlass, sondern an jedem Tag liegen mir Respekt und Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen der Polizei sehr am Herzen. Es ist unglaublich wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicher fühlen können. Dass sie sich in Notsituationen darauf verlassen können, dass ihnen geholfen wird und sie geschützt werden. Dass das so ist, ist unseren Polizistinnen und Polizisten zu verdanken. Und die GdP als ihre größte und wichtigste Interessenvertretung scheut sich nicht, dafür auch in den Konflikt zu gehen. Dafür bin ich dankbar: Ob in meiner Zeit als Innenminister oder heute als Ministerpräsident habe ich die GdP als engagiert und streitbar, aber auch als konsequent konstruktiv kennengelernt. Und bei den Zielen unserer gemeinsamen Arbeit für die Polizei in Brandenburg, sind wir uns sehr einig: Mehr Stellen, eine Steigerung der Attraktivität des Dienstes bei der Polizei, hohe Investitionen in Technik und Liegenschaften. Dafür stehe ich auch persönlich.

Ich wünsche mir, dass die Zusammenarbeit immer mit dem Blick auf die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gerichtet ist. Alle, die für unsere Polizei tätig sind, leisten einen Dienst für unser Land, den man gar nicht hoch genug schätzen kann. Dafür nochmals danke und die besten Wünsche zum 35. Jubiläum der GdP!



Dr. Dietmar Woidke
Ministerpräsident des
Landes Brandenburg

Grußwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GdP Brandenburg,

im Namen des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gratuliere ich Euch herzlich zu 35 Jahren engagierter und erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit für die Polizeibeschäftigten in Brandenburg. Mein Dank gilt allen, die von Beginn an dazu beigetragen haben, unsere GdP zur verlässlichen Stimme der Polizeibeschäftigten zu machen – ebenso denen, die heute und künftig entschlossen den Kurs unserer demokratischen Werte halten.

Wer hoch hinaus will, braucht eine starke Basis – Ihr seid diese Basis. Gemeinsam mit Eurem engagierten Landesvorstand seid Ihr für die Kolleginnen und Kollegen da – als verlässliche, kompetente und ansprechbare Partner. Unterstützt von neun starken Kreisgruppen von Nord bis Süd, von Ost bis West, tragt Ihr den grünen Stern als sichtbares Zeichen unserer gewerkschaftlichen Gemeinschaft. So soll es sein.

Ihr seid zugleich Schutzweste und Zukunftsradar: da, wenn man Euch braucht, und schon heute an den Themen von morgen denken. Ihr gestaltet mit, wo Entscheidungen getroffen werden. Politik und Polizei schätzen Eure Erfahrung und Euer Gespür für die Realität polizeilicher Arbeit. Der Blick zurück zeigt: Seit Jahrzehnten nehmt Ihr stetig Einfluss – konstruktiv, sachlich und beharrlich – immer mit dem Ziel, die Arbeitswelt unserer Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.

Die Herausforderungen werden groß genug sein für mindestens weitere 35 Jahre GdP Brandenburg. Blicken wir dankbar zurück – und vor allem mutig nach vorn.

Bleibt beharrlich, bleibt aufmerksam, bleibt laut.

Herzlichen Glückwunsch!



Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei

Grußwort

35 Jahre GdP in Brandenburg. Ich finde, das ist eine mehr als beeindruckende Zeitspanne.

Vor allem im Hinblick darauf, was hier aus kleinen Anfängen erwachsen ist. Heute zählt die Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg 7.400 Mitglieder. Was für ein Beweis des Vertrauens!

Vertrauen wird selten geschenkt, meistens verdient. So ist es auch hier. 35 Jahre lang hat die GdP konsequent die Interessen der Brandenburger Polizeibediensteten vertreten, ihre Arbeitsbedingungen positiv beeinflusst, ihr Leben verbessert. Und dies keineswegs in konträrer Haltung, sondern als Mitgestalterin unzähliger Prozesse und Gegenüber der Arbeitgebersseite auf Augenhöhe. Wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften reflexhaft gegeneinanderstehen, haben am meisten die Beschäftigten darunter zu leiden. In einem so sensiblen Bereich wie der Polizeiarbeit wäre das besonders belastend.

Es liegt in der Natur der Sache, dass unser Ministerium und die GdP Brandenburg nicht immer einer Meinung sein können. Durch den gewachsenen respektvollen und kooperativen Umgang miteinander, sind in der Vergangenheit jedoch viele Probleme gelöst worden und ich habe keine Zweifel daran, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Durch den engen Kontakt zu ihren Mitgliedern bringt die GdP immer wieder Perspektiven in die Prozesse ein, die zu besseren Lösungen führen. Meiner Meinung nach bedeuten 35 Jahre GdP nicht nur 35 Jahre Interessenvertretung der Polizeibediensteten – sondern auch 35 Jahre Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bundeslandes.

Die GdP wird auch jetzt und in Zukunft weiter gebraucht, vielleicht sogar mehr denn je. Unter anderem in Veränderungsprozessen, die schwierig, aber unausweichlich sind. In rasantem Tempo ändert sich aktuell die Welt, auch die polizeiliche Arbeit hat sich dem anzupassen. Zum Beispiel in Bezug auf die Reaktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden auf multiple Krisen der Zeit. Ob Pandemien, hybride Bedrohungen, Ressourcenmangellagen oder außenpolitische Krisen; vor kurzer Zeit noch undenkbar Situationen, sehen wir sie heute zu Recht als im Bereich des Möglichen und haben uns darauf einzustellen. Besondere Herausforderung stellen aktuell auch die Entwicklung des Personalbedarfs und die Nachwuchsgewinnung dar. Hier ist schon viel erreicht, weitere Schritte sollen und werden folgen. Ebenso ist die Ausstattung unserer Polizeiliegenschaften und der Polizeikräfte eine Daueraufgabe. Digitalisierung und der Einsatz Künstlicher Intelligenz im polizeilichen Handeln sind, wie auch neue Anforderungen im polizeilichen Einsatzgeschehen, weitere Herausforderungen. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der vielen Entwicklungen, mit denen wir Schritt halten müssen. Viele dieser Prozesse sind bereits auf gutem Wege. Nicht zuletzt durch die Mitwirkung und den Einsatz der GdP.

Zu 35 Jahren GdP möchte ich nicht nur gratulieren, sondern auch herzlich danken! Für die geleistete Arbeit im Sinne ihrer Mitglieder und des Landes Brandenburg. Ich freue mich sehr auf die weitere gute Zusammenarbeit!



René Wilke
Minister des Innern und für
Kommunales des
Landes Brandenburg

Grußwort

35 Jahre GdP Brandenburg – Rückblick und Ausblick mit Höhen und Tiefen.

1989 war ein Jahr mit grundlegenden Veränderungen für alle DDR-Bürger.

Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, der Feuerwehr, des Pass- und Meldewesens und des Strafvollzuges hatten bisher keine oder eine ruhende Mitgliedschaft im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Aber alle hatten eines, Angst um ihren Arbeitsplatz. Keiner wusste, ob und zu welchen Konditionen er weiterbeschäftigt wird. Wer klärt dieses Problem? In Cottbus begannen Udo Hoffmann, Hans-Dieter Thom und ich heimliche Texte zu schreiben und pinnnten diese kurz vor Mitternacht an die Wandzeitung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP). Jeden Morgen stand eine Menschenmenge vor der Wandzeitung. Der am weitesten vorn stand, musste vorlesen. Wir dachten, unsere Druck-Aktionen blieben geheim, aber der Gestank des Ormig-Papiers war nicht zu überdecken. So musste ich nach wenigen Tagen zum Chef der BDVP, Generalmajor Selent. Nach 30 Minuten Strammstehen sagte er mir, dass die letzte Seite meiner Personalakte noch nicht fertig sei. Ich dachte, ich werde entlassen. Aber das Gegenteil. Er sagte zu mir, macht weiter, entweder organisiert oder gar nicht.

Also gründeten wir drei die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) in Cottbus. In Frankfurt (Oder) taten dies Peter Schuldt und in Potsdam Dietmar Michael und Andreas Bernig. Wir hatten gleich einen wahnsinnigen Mitgliederzuwachs.

Ein Highlight des Sommers 1990: Martina Kuschmann und ich wurden verantwortlich gemacht, mit dem damaligen DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel einen Tarifvertrag für alle Polizeibeschäftigten der neuen Länder auszuhandeln. Wir hatten eine Nacht Zeit, im Haushalt des Innenministeriums finanzielle Mittel zu finden, aus denen eine Gehaltserhöhung unserer Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden könnte. Am nächsten Morgen war

eine Großdemo vor dem Palast der Republik geplant, wo Herr Diestel unser Ergebnis verkünden wollte. Als Martina und ich am Palast der Republik ankamen, fragte er uns, wieviel Prozent im Verhältnis zu unseren Westkollegen wir bekommen sollten. Seine Westberater hatten ihm geraten, max. 40 %. Ich habe vorgeschlagen, 60 %. Diestel ging auf die Bühne und verkündete, dass wir 60 % des Gehalts unserer Westkollegen bekommen. Der erste große Erfolg für die damalige GdVP.

1990 kamen die Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen und erklärten uns, wie Polizei und Gewerkschaft der Polizei funktionieren. In Brandenburg hatten wir den Vorteil, dass Klaus Steffenhagen unser GdP-Partner aus NRW war. Er sagte nur eines: wenn ihr Hilfe benötigt, helfe ich. Ansonsten seid ihr alt genug.

Die größte Niederlage der GdVP war für mich der Zusammenschluss mit der GdP West. Wir wollten einen Zusammenschluss auf Augenhöhe, unsere Westkollegen wollten, dass wir aus der GdVP austreten und unseren Mitgliedern empfehlen, in die GdP einzutreten. Da sind wir grandios gescheitert.

Mittlerweile durfte ich mit acht Innen- und Finanzministern zusammenarbeiten. Hervorheben möchte ich unseren ersten Innenminister in Brandenburg, Alwin Ziel. Er war ruhig und gelassen, beobachtete die Personalüberprüfungskommission und gab unseren Kolleginnen und Kollegen eine gewisse Zuversicht, obwohl die Runden Tische ständig die Entlassung aller Volkspolizisten forderten. Als mir in einem Gespräch der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe sagte: „Rede doch einmal mit Ziel“, wurde mir recht mulmig. Aber dann saßen wir in einem langen Flur des Innenministeriums auf zwei Holzhockern an einem Holztisch und berieten drei Stunden, wie es weitergehen soll.

31 Jahre GdP Arbeit waren für mich sehr interessant, wichtig und ehrenvoll.

Aufgrund einer schweren Krankheit musste ich leider mein Amt niederlegen und Jörg Göhring übernahm die Arbeit bis zum nächsten Landesdelegiertentag. Auf dem wurde Anita Kirsten zur neuen Landesbezirksvorsitzenden gewählt. Sie macht einen tollen Job. Ich bin stolz darauf, dass wir einen der höchsten Organisationsgrade haben, auf einer soliden Finanzgrundlage stehen (wobei die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern zu Gunsten der Länder neu geregelt werden müssen) und eine hervorragend funktionierende Geschäftsstelle mit motivierten Kolleginnen und Kollegen haben. Meine wichtigste Erfahrung aus vielen Jahren GdP-Arbeit ist: Man muss für seine Ziele kämpfen! Kein Innen- oder Finanzminister hat mich gefragt, ob und wie viel wir mehr an Gehalt wollen, oder bessere Arbeitsbedingungen, oder bessere Technik.

Es fragt sich jeder, warum bin ich eigentlich in der GdP? Einfach von mir beantwortet: Die GdP als Solidargemeinschaft ist wichtig und entscheidend für jeden Polizeibeschäftigten. Zur GdP Brandenburg gab und gibt es keine Alternative.

Grußwort

Es ist fast nicht zu glauben, dass es unsere GdP Brandenburg schon seit 35 Jahren gibt.

Alles begann nach der Wiedervereinigung. Es war plötzlich möglich geworden, dass Beschäftigte der Polizei eine eigene Gewerkschaft gründen konnten. Für uns, die Polizeibeschäftigten der ehemaligen DDR war das völliges Neuland. Aber es dauerte nicht lange und wir gründeten eine. Die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) war eine Anfang 1990 gebildete Gewerkschaft für Angehörige der Volkspolizei, der Feuerwehr, des Strafvollzuges und des Innenministeriums der DDR unter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Im weiteren Verlauf stellte sich aber heraus, dass die GdVP nur eine Übergangslösung war. Wichtig war aber, dass wir in diesen unruhigen Zeiten, wo für viele unserer Kolleginnen und Kollegen die persönliche Perspektive sehr unsicher war, eine erfahrene und starke Gewerkschaft an unserer Seite hatten. Als eine mögliche Alternative bot sich die Gewerkschaft der Polizei an. Sie war, in den alten Bundesländern die größte und erfahrenste Gewerkschaft für Beschäftigte der Polizei.

In unserem zukünftigen Bundesland „Brandenburg“ gab es drei Bezirke (Cottbus, Potsdam, Frankfurt Oder) und daher auch drei GdVP-Organisationen. Es wurden überall viele Gespräche und Verhandlungen geführt. Aber in dieser Zeit rasanter gesellschaftlicher Entwicklungen war es erforderlich, dass alle drei Bezirke eng zusammenarbeiten mussten. Es gab viele Vereinbarungen mit den Behördenleitern, die aber in den drei einzelnen Bezirken und im Ministerium des Inneren (Mdl) sehr unterschiedlich waren. Als wir uns dann zusammenschlossen hatten, konnten wir viele Dinge konkreter angehen. Wir erreichten, dass der Haushalt des Mdl unseren Vertretern offengelegt werden musste. Das war ein großer Erfolg, denn unsere Vertreter Andras Schuster und Martina Kuschmann hatten einen Betrag von rund 90 Millionen Mark gefunden, der anders verteilt werden konnte und schließlich für einen Teuerungsausgleich für viele Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung und Beschäftigte im Polizeidienst verwendet werden konnte.

Dieser Weg der Zusammenarbeit war erfolgreich. So haben wir, Andreas Schuster, Peter Schuld ich beschlossen, dass wir uns zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsorganisation zusammenschließen. Unser Ziel war es, Mitglied der GdP zu werden. Das war kein einfacher Weg. Wir mussten die GdVP auflösen und unsere Mitglieder mussten als Einzelmitglieder der GdP beitreten. Davor gab es in einigen anderen neuen Bundesländern Bedenken. Auch bei uns waren einige Mitglieder skeptisch. Daher haben wir uns entschieden, anders als die übrigen neuen Länder, einen Mitgliederentscheid als Urabstimmung dazu durchzuführen. Das war ein Erfolg. Von den 10.032 stimmberechtigten Mitgliedern, hatten 7.606 an der Urabstimmung teilgenommen. Davon hatten 7.240 (95,2%) dafür gestimmt, sich als Einzelmitglieder der GdP anzuschließen. Im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl waren es 72,2%, die dafür gestimmt hatten. Damit war die erforderliche 2/3 Mehrheit erreicht. Also stand der Gründung eines Landesbezirkes Brandenburg der Gewerkschaft der Polizei nichts mehr im Weg.

Am 15.09.1990 fand der 1. Ordentliche Landesdelegiertentag des Landesbezirkes Brandenburg der Gewerkschaft der Polizei in Cottbus statt. Damit war der Grundstein für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit für die Polizeibeschäftigten im Land Brandenburg gelegt. Dass die Arbeit der GdP in Brandenburg so erfolgreich war und ist, haben wir den vielen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die ehrenamtlich und mit großem Engagement in den Kreisgruppen und den Personalräten für die Beschäftigten der Polizei aktiv sind.

Einen persönlichen Dank erlaube ich mir bei dieser Gelegenheit anzubringen. Unsere GdP in Brandenburg wurde durch Andreas Schuster wesentlich geprägt. Er hat sie zu dem gemacht, was sie heute ist. Eine erfolgreiche Vertretung der Kolleginnen und Kollegen der Brandenburgischen Polizei. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.



Dietmar Michael
Erster Vorsitzender der
GdP Brandenburg

Grußwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

35 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg. Was für ein Jubiläum, zu dem ich der GdP als manchmal strittigen, immer wichtigen und stets vertrauensvollem Partner voller Freude gratulieren darf. Richard von Weizsäcker wird zitiert mit den Worten: „Zur Freiheit der Gewerkschaften gehört, dass sie unbequem sind.“ So ist es und so soll es sein.

Gleich nach der Wiedervereinigung Deutschlands begann eine entscheidende Phase, um grundlegende demokratische Standards und Rechtsstaatlichkeit der Polizei im Land Brandenburg zu entwickeln. Sie trugen Ihren Teil zu diesem Gestaltungsprozess bei.

Verantwortungsvolle Arbeit leisteten Sie damals und leisten Sie bis heute. Eine lange Zeit, in der Sie sich nicht nur kontinuierlich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Polizei des Landes einsetzten, sondern sich auch als wichtiger Ansprechpartner in sicherheitspolitischen Fragen etabliert haben. Ihre Stimme wird gehört, Ihr Engagement für die Innere Sicherheit ist wichtig.

Das alles zu leisten, ist herausfordernd und gerade deshalb möchte ich Ihnen meine besondere Anerkennung und meinen Dank aussprechen. Das Jede und Jeder von ihnen neben der Polizeiarbeit und neben ihren Familien und Freunden, noch die Zeit und Kraft für die Gewerkschaftsarbeit findet, ist bemerkenswert und verdient unser aller Respekt.

Auch wenn die Polizeibehörde und die Gewerkschaften verschiedene Rollen haben, so eint uns doch das gemeinsame Ziel einer leistungsfähigen Polizei mit angemessenen Arbeitsbedingungen. In diesem Bewusstsein gilt es positiv in die gemeinsame Zukunft zu schauen. Viele wichtige Weichen sind richtig gestellt. Für das weitere gemeinsame Wirken stimmen mich meine persönlichen Erfahrungen zuversichtlich. In diesem Sinne freue ich mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen als kritischer Partner auf Augenhöhe.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!



Oliver Stepien
Polizeipräsident des
Landes Brandenburg

Grußwort

Persönliche Gedanken zu 35 Jahren Gewerkschaft der Polizei Brandenburg

Das Jahr 1991, konkret ab 01.10.1991, hat uns zusammengeführt – mich als Polizeipräsidentin in Eberswalde und die ganz junge, neue Gewerkschaft, die wir beide in einer historischen Umbruchzeit die Neustrukturierung der Brandenburgischen Polizei im Nordosten des Landes gemeinsam - jedoch in unterschiedlichen Rollen - auf den Weg gebracht haben.

Bereits damals, in ihren „Kinderjahren“, habe ich die GdP als eine starke, selbstbewusste Interessenvertretung der Polizistinnen und Polizisten in „meinem“ Präsidium wahrgenommen, zumal meiner Erinnerung zufolge, die Mehrheit der Personalräte der GdP angehörte (neben BdK und DPoLG).

Die seinerzeitige Personalstärke im PP Eberswalde begann mit 571 Angestellten der Polizei; Verbeamtungen folgten nach und nach.

Dieser Prozess des Strukturaufbaus und insbesondere der personellen Untersetzung der Struktur des kleinsten Landespräsidiums in Brandenburg – hervorgegangen aus sechs ehemaligen Volkspolizeikreisämtern – wurde natürlich sehr intensiv durch die GdP begleitet – wer kann und wird an welcher Stelle ihren/seinen Platz finden, wer ist für welche Aufgabe/Funktion besonders prädestiniert? Wer setzt sich im Besetzungsverfahren durch? Und dabei die sozialen Belange nicht zu vergessen....

Da braucht es eine starke, auch durchsetzungsstarke Interessenvertretung!

Als besonders wichtig, jedoch nicht immer konfliktfrei in den ersten Jahren erlebte ich die Überprüfung der Polizeibediensteten auf offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR; so wie im Allgemeinen die Zusammenarbeit nicht immer konfliktfrei sein konnte, den unterschiedlichen Rollen geschuldet.

Ich erinnere verschiedene Episoden und Begegnungen aus den elf Jahren des Bestehens des PP Eberswalde, sowohl mit der Kreisgruppe der GdP Eberswalde als auch im und mit dem Landesvorstand der GdP.

Kontroversen gab es z.B. im Zusammenhang mit den Ermittlungen und dem folgenden Prozess gegen einige Beamten des damaligen Schutzbereiches Bernau, denen die Misshandlung von vietnamesischen Zigarettenhändlern vorgeworfen wurde.

Im Gedächtnis geblieben sind mir viele angenehme, sehr menschliche Begegnungen, z.B. im Rahmen von „Tagen der Offenen Tür“ mit großem Engagement und Freude an der Vorstellung der eigenen Arbeit der beteiligten Kolleginnen und Kollegen, an heitere Stunden bei Polizeifesten, an meine angenehmen und informativen Besuche in den Polizeidienststellen des Präsidiums, auch schon einmal mit Blumen als Willkommensgruß und, und....

Ich kann hier nicht alles „unterbringen“, was mir bei dieser Rückbesinnung durch den Kopf geht, nicht alle Vertreterinnen und Vertreter der GdP benennen, mit denen mich eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit verband, aber an zwei möchte namentlich erinnern: den langjährigen Vorsitzenden des Personalrates im PP Eberswalde, Herrn Wolfgang Britt und den ehemaligen sehr langjährigen Vorsitzenden des Landesvorstandes, Herrn Andreas Schuster – Andreas, ich denke, Du hast eine würdige Nachfolgerin.

Der Polizeiarbeit bin ich auch nach Jahrzehnten verbunden, nehme Anteil an der Entwicklung und verfolge das aktuelle Geschehen. Gerade mit Blick auf die regelmäßigen (politischen) Veränderungen der vergangenen mehr als zwei Jahrzehnte wird deutlich, wie wichtig eine starke Interessenvertretung ist – mit Augenmaß, Realitätssinn, Überzeugungskraft und Verantwortungsbewusstsein.

All das wünsche ich der GdP und ihrer Führung für die nächsten Jahrzehnte.



Uta Leichsenring
Polizeipräsidentin a.D.

Grußwort



Jürgen Lüth
Polizeipräsident a.D.

GdP – ein zuverlässiger Partner?

Unmittelbar nach der politischen Wende in der DDR musste sich die damalige Volkspolizei neu aufstellen, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Diesbezüglich wurden nicht nur neue Strukturen geschaffen, sondern es mussten sich auch die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen neu orientieren. Viele waren hilflos, mussten sie sich doch erst mit der veränderten politischen Lage vertraut machen.

Als Landtagsabgeordneter im ersten frei gewählten Landtag und innenpolitischer Sprecher lagen mir das neue Polizeiorganisationsgesetz (20.3.1991) und in der Folge auch die Verordnung (11.10.1991) zur Errichtung der Polizeipräsidien besonders am Herzen.

Doch die Umsetzung erforderte viele Mitstreiter und als Leiter des Aufbaustabs am Standort Cottbus lernte ich sehr frühzeitig Andreas Schuster, ein sehr engagierter Gewerkschafter, kennen und bereits am 1.8.1991 trafen wir uns zu einem ersten Gespräch zu Strukturfragen und der weiteren Nutzung von sozialen Einrichtungen der ehemaligen BdVP in Cottbus. (Kindergarten, Verkaufsstelle, Friseur). Mit meinem Grußwort am 11.10.1991 auf dem Landesdelegiertentag der GdP im Mehrzweckgebäude der Polizei in Cottbus wurde dann die Tür für einen gemeinsamen Anfang weit aufgestoßen. Ich war davon überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen und so waren die Kolleginnen und Kollegen auch bereit, sich im Selbststudium mit der neuen Gesetzeslage vertraut zu machen. Die Kolleginnen und Kollegen sollten aber auch spüren, dass der Chef hinter der Mannschaft steht, jeden einzelnen fordert und fördert! Dabei bleibt es nicht aus, dass es zu einzelnen Anträgen unterschiedliche Standpunkte geben kann, die in einem vertraulichen und konstruktiven Gespräch immer eine Lösung zum Ziel hatten.

Doch wer im Haus der Chef ist, musste auch der Personalratsvorsitzende (GdP) spüren, er bekam Bedenkenzeit und in der Folge entwickelte sich eine persönliche Freundschaft.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei KG Cottbus haben wir auch Überlegungen angestellt, wie wir das Vertrauen der Menschen in der Übergangsphase in eine bürgernahe und an demokratischen Grundsätzen orientierte Polizei wieder herstellen können.

Ein 1. öffentlicher Polizeiball am 6. November 1993 mit dem Landespolizei-Orchester sollte der Schlüssel zur Lösung sein – ein voller Erfolg für alle Teilnehmer über viele Jahrzehnte!

Mir war es aber auch wichtig, dass die Arbeit aller Bediensteten wertgeschätzt wird und immer das persönliche Gespräch der Grundstein für eine erfolgreiche Polizeiarbeit sein sollte!

Die Gewerkschaft der Polizei war für mich immer ein zuverlässiger Partner und Ich danke besonders Andreas Schuster für eine jahrelange konstruktive Zusammenarbeit.

„Gut, dass es sie gibt!“

Die Geschichte der GdP Brandenburg (1989 - 2025)

von Thomas Kühne

Das Jahr 1989 brachte für die Menschen in der ehemaligen DDR gewaltige Einschnitte. Als Günter Schabowski in der live übertragenen Pressekonferenz am 9. November 1989 das Inkrafttreten einer neuen Reiseregelung mit den Worten „sofort – unverzüglich“ verkündete, öffnete das über Nacht nicht nur bisher ungeahnte Reisemöglichkeiten oder die Erfüllung eines „Auto-Traums“. Als sich die Auflösung der DDR und die Wiedervereinigung andeutete, brach für nicht wenige Volkspolizisten eine Welt zusammen. Viele Beschäftigte sahen sich vor die Existenzfrage gestellt. „Wird man mich als Polizist weiterarbeiten lassen oder muss ich mir einen neuen Beruf suchen?“ „Was ist meine Ausbildung und was bin ich in diesem neuen, unbekanntem System wert?“

Es ist der Initiative einiger mutiger Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die sich, obwohl selbst vor einer ungewissen Zukunft stehend, in kleinen Gruppen zusammenfanden und begannen, die Geschicke und Interessen unserer Beschäftigten in die eigenen Hände zu nehmen. Es entstand erstmalig in der Polizei eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung. (Für Polizisten ruhte die Mitgliedschaft im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der DDR.) Was von einigen damaligen Vorgesetzten noch mit Misstrauen oder gar Ablehnung beäugt wurde, entwickelte sich in kurzer Zeit zu einer Gewerkschaftsbewegung mit einem Organisationsgrad von fast 100 %.

Gründung der Gewerkschaft der Volkspolizei

Am 20. Januar 1990 versammelten sich 619 Delegierte aus den 15 Bezirken der DDR in der Turnhalle der Hochschule der Deutschen Volkspolizei in Berlin-Biesdorf und gründeten die GdVP. Nach diesem Delegiertentag, der später als „Turnhallenkonferenz“ bezeichnet wurde, bildeten sich in den ehemaligen Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei (BDVP) die GdVP-Bezirksgruppen Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus und nach und nach Kreisgruppen in den Volkspolizeikreisämtern (VPKA).



Es verlangte einigen Mut von den Gewerkschaftern, Flugblätter mit Informationen und Aufrufen nachts in den Dienststellen zu verteilen oder an die Wandzeitungen zu heften. Einige Vorgesetzte glaubten, nach dem „Mob auf der Straße“ nun auch feindlichen Kräften in den Reihen der Volkspolizei begegnen zu müssen.

Zu den vorrangigsten Aufgaben der jungen Gewerkschaft zählten der Erhalt bzw. die Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Polizei unter den neuen Rahmenbedingungen und die Sicherung der beruflichen Zukunft der über 10.000 Beschäftigten in der Schutz- und Kriminalpolizei, der Transportpolizei, der VP-Bereitschaft, dem Pass- und Meldewesen, der Kfz-Zulassungsstellen, dem Erlaubniswesen, im Betriebsschutz, der Feuerwehr und im Strafvollzug. Und es ging um die tarifgerechte Bezahlung, die Übernahme ins Beamtenverhältnis und die Angleichung an das Westniveau.

Es war Dietmar Michael, der als Vorsitzender der Bezirksgruppe Potsdam am 12. Mai 1990 die Initiative übernahm und mit dem Chef der BDVP, Konrad Martin, eine „Rahmenvereinbarung zur Mitbestimmung und Mitwirkung“ abschloss. Diese Rahmenvereinbarung war der Vorläufer eines Personalvertretungsgesetzes. Das öffnete der GdVP die Möglichkeit der Mitgestaltung bei personellen, technischen und organisatorischen Angelegenheiten. Sogar die Freistellung vom Dienst für Gewerkschafter sah die Vereinbarung vor. Wenige Monate später schlossen auch Andreas Schuster für die BDVP Cottbus und Peter Scholdt für die BDVP Frankfurt/Oder solche Vereinbarungen ab. Doch die Umsetzung gestaltete sich mitunter schwierig. Während der Chef der BDVP in Potsdam der neuen gewerkschaftlichen Arbeit durchaus positiv gegenüberstand, ging es einigen Vorgesetzten in Frankfurt/Oder einfach nicht in den Kopf, dass die ihnen unterstellten Bediensteten bei der Gestaltung ihres Arbeitsumfeldes mitreden sollten. Im Sommer 1990 führte die GdVP mit dem damaligen Innenminister Peter-Michael Diestel erste Tarifverhandlungen.

Im Vorfeld wurden Andreas Schuster und Martina Kuschmann Einblick in den Haushaltsplan gewährt, der heiligen Kuh des Innenministeriums. In einer Nacht- und Nebelaktion war es unseren beiden Gewerkschaftern gelungen, 90 Millionen Mark zu identifizieren, die dann für die Verbesserung der Einkommenssituation und zur Zahlung eines Teuerungsausgleiches genutzt wurden. Darüber hinaus gelang der Abschluss einer Sozialvereinbarung zum Schutz der Beschäftigten. Um die Arbeit der GdVP noch effektiver zu gestalten und vor allem, um unterschiedlichen Regelungen und Entwicklungen in den BDVP'en entgegenzuwirken, verständigten sich die Vorsitzenden darauf, die drei Bezirksgruppen zu einem Landesverband zusammenzuführen.

Landesdelegiertentag der GdVP-Bezirksgruppen

Der Landesdelegiertentag am 15. September 1990 in Cottbus war auch der letzte Delegiertentag der GdVP.

Die Entscheidung zur Auflösung der GdVP und zum Eintritt in die GdP war jedoch nicht einfach. Schließlich war es gelungen, in den Wirren des Mauerfalls und den Monaten danach binnen kurzer Zeit aus dem Nichts heraus und ohne Erfahrungen eine starke und erfolgreiche

Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung



Gewerkschaft zu bilden. Da waren nicht nur die Ängste einer Vereinbarung durch die „West-GdP“. Andererseits brauchten wir auch die Erfahrungen der größten Berufsorganisation der Polizei in Europa. Anders als in den anderen neuen Bundesländern wurden in Brandenburg die Mitglieder im Vorfeld des Delegiertentages aufgefordert, mit einer Urabstimmung über ihre gewerkschaftliche Zukunft zu entscheiden. Das Ergebnis war eindeutig. 95,2 % sprachen sich für einen Beitritt zur GdP aus, deutlich mehr als die erforderliche 2/3 Mehrheit. Somit fasste der Landesdelegiertentag den Beschluss zur Auflösung der GdVP zum 30. September und forderte die Mitglieder auf, ihren Beitritt in die GdP zum 3. Oktober 1990 zu erklären. Das war die Geburtsstunde des GdP-Landesbezirks Brandenburg. Neben der ersten Satzung der GdP Brandenburg beschloss der Landesdelegiertentag auch die Bildung einer „Strukturkommission zur fachkompetenten Beurteilung vorhandener Konzeptionen zur Umstrukturierung der Polizei sowie der Stellenpläne und Geschäftsverteilungspläne“.

In ihrem Programm forderte die GdP unter anderem die unverzügliche Einführung des Berufsbeamtentums, die Anpassung der Polizeistrukturen an die Sicherheitsbedürfnisse der Bürger, die Bildung von Personalräten (damals noch auf Grundlage des BPersVG), eine Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, den sofortigen Beginn von Schulungen aller Polizeibeschäftigten zum neuen Recht, die Einführung eines einheitlichen Lohn- und Gehaltssystems und die Ablösung des Eids auf die DDR und ihre Regierung durch eine Treueerklärung gegenüber dem deutschen Volk und auf Grundlage der Verfassung.



Michael Peckmann und Silvia Behrend

Dietmar Michael wurde zum Vorsitzenden des GdP-Landesbezirks Brandenburg und Andreas Schuster zu seinem Stellvertreter gewählt. Einige Monate später übernahm Dietmar Michael die Aufgabe, unsere Interessen auf Bundesebene der GdP in Berlin zu vertreten. Andreas Schuster übernahm den Vorsitz in der GdP Brandenburg. Im Haus des DGB in der Potsdamer Dortustraße richtete der GdP Landesbezirk eine erste Geschäftsstelle ein. Von Anfang an dabei und immer ein offenes Ohr – Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann und Silvia Behrend.

Die ersten Personalratswahlen

Im September 1990 rief die GdVP alle Beschäftigten auf, sich an den Wahlen zu den ersten Bezirks- und örtlichen Personalräten zu beteiligen. Aber noch immer musste die GdVP gegen Widerstände ankämpfen. Erst das Einschalten des Innenministeriums ebnete in Frankfurt/Oder den Weg zu den ersten Personalratswahlen. Trotz aller anfänglichen Probleme wurden die Personalratswahlen am 25. und 26. Oktober 1990 ein riesiger Erfolg. 94 % aller zu erringenden Plätze gingen an die Kandidaten der GdP.

Aufbaustäbe der Polizeipräsidien und Personal

Obwohl schnell feststand, dass die Polizeistruktur des damaligen Partnerlandes Nordrhein-Westfalen weitgehend für Brandenburg übernommen werden soll, nahmen unsere Kolleginnen und Kollegen in der GdP-Strukturkommission Einfluss auf die Ausgestaltung. Bei der Mitarbeit in den Aufbaustäben für die künftigen Polizeipräsidien Oranienburg, Eberswalde, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus und dem Präsidium der Wasserschutzpolizei stand für die GdP vor allem die

Weiterbeschäftigung der über 10.000 Beschäftigten im Mittelpunkt. So forderte die GdP das Innenministerium auf, die Angehörigen der Feuerwehr, des Pass- und Meldewesens und des Betriebsschutzes bei der Übernahme in die ebenfalls neuen kommunalen Strukturen zu unterstützen. Für diejenigen, die nicht in den kommunalen Bereich überführt werden konnten, erreichte die GdP die Bereitstellung von Planstellen in der Polizei. Die GdP nahm Einfluss auf die Gestaltung der Personalfragebögen und sorgte für ein rechtsstaatliches Verfahren mit Einzelfallprüfung bei der Stasiüberprüfung. Als einzige Interessenvertretung hatte die GdP die Möglichkeit, einen Vertreter in die Personalüberprüfungskommission zu entsenden.

Die GdP organisierte mit Unterstützung unserer Kollegen aus Nordrhein-Westfalen erste Schulungen zum Straf- und Strafprozessrecht. Mit der im Einigungsvertrag geregelten Möglichkeit, nach mindestens 25 Dienstjahren ab dem 50. Lebensjahr eine befristete erweiterte finanzielle Versorgung in Anspruch nehmen zu können, verließen viele Kolleginnen und Kollegen die Polizei. Neben dem für viele schmerzhaften Gefühl, in dem neuen Land nicht mehr gebraucht zu werden, bedeutete die Regelung auch einen riesigen Verlust an Personal und polizeilichem Fachwissen. Weil auch junge Kolleginnen und Kollegen wegen unklarer Perspektiven in die freie Wirtschaft wechselten, sank die Zahl der operativ tätigen Polizisten vom 1. Quartal 1990 bis zum 1. Quartal 1991 von 10.100 auf 6.250.

1. Ordentlicher Delegiertentag der GdP

Ein knappes Jahr nach dem Tag der Deutschen Einheit und der Auflösung der GdVP fand am 11. und 12. Oktober 1991 der 1. Ordentliche Delegiertentag des GdP-Landesbezirks Brandenburg in Cottbus statt. Obwohl erst ein Jahr alt, enthielt der Geschäftsbericht der GdP Erfolge und Maßnahmen, die für eine ganze Legislaturperiode gereicht hätten. Zu den damals wichtigsten Themen gehörten die Bildung eines Polizeihauptpersonalrates, die Einführung landeseinheitlicher Dienst- und Bereitschaftszeitregelungen, die Sicherung regelmäßiger Gehaltszahlungen für alle Beschäftigungsgruppen, die Schaffung von Regelungen zur Diensthaftpflicht, zum Unfallschutz sowie die Einführung der freien Heilfürsorge mit freier Arztwahl.

Conny Zernicke



In den letzten über 20 Jahren war meine einschneidendste Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit zweifellos die Strukturreform der Polizei von 2010/2011. Diese Reform hat nicht nur die Organisation und Abläufe innerhalb der Polizei grundlegend verändert, sondern hatte auch erheblichen Einfluss auf die Arbeit unserer Gewerkschaft und uns einiges abgefordert. Viele der negativen Auswirkungen, die durch diese Reform entstanden sind, spüren wir bis heute. Diese Erfahrung hat mir gezeigt, wie tiefgreifend Veränderungen im öffentlichen Dienst sein können und wie wichtig es ist, sich für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen.

Trotz all dieser Herausforderungen ist mein Engagement für unsere Gewerkschaft ungebrochen. Mit Herzblut setze ich mich tagtäglich dafür ein, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere GdP trotz aller Probleme eine starke Gemeinschaft ist. Unser Einsatz, unsere Solidarität und unser Glaube an eine bessere Zukunft machen uns aus – wir sind und bleiben ein tolles Team, das auch in schwierigen Zeiten zusammensteht und für die Rechte aller kämpft.

Zur fachlichen Unterstützung unserer GdP-Vorstände konstituierten sich die Landesfachgruppen WSP, K, S und Bepo. Relativ schnell lagen die Vorstellungen des Innenministeriums zur Verbeamtung auf dem Tisch. Jedoch stieß die Absicht, nur in den Eingangsjahren der jeweiligen Laufbahnen zu verbeamten und Beförderungen erst nach 10, 20, bzw. 30 Jahren durchzuführen, auf Wut und Enttäuschung. Auf Druck der GdP begannen die Verbeamtungen im Oktober 1991 und mit dem Inkrafttreten der Bewährungsanforderungsverordnung war durch die Anrechnung von Vordienstzeiten auch eine Verbeamtung in Beförderungsjahren möglich.



v.l. A. Bernig, P. Schäuble, J. Volkhammer, W. Rudolph, A. Schuster

Am 26. April 1991 konstituierte sich der 1. Polizei-Hauptpersonalrat beim Innenministerium. Auch hier errangen die Kandidaten der GdP die meisten Sitze und stellen den gesamten Vorstand. Erster Vorsitzender wurde Dr. Andreas Bernig. Er war es auch, der gemeinsam mit dem Juristen Hoßbach aus Nordrhein-Westfalen die erste Kommentierung zum Brandenburger Personalvertretungsgesetz schrieb.

Besoldung und Entlohnung

Neben vielen Fragen belastete auch die unklare Lohn- und Gehaltsentwicklung den Alltag unserer Beschäftigten. Vor dem Hintergrund steigender Preise, mussten unsere Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst mit knapp 1.000 DM ihren familiären Lebensunterhalt bestreiten. Verschärft wurde die Situation zusätzlich, wenn sich Familien plötzlich mit der Arbeitslosigkeit des Partners konfrontiert sahen.

Am 1. Juli 1991 sollte mit der Anhebung von 30 auf 60 % der vergleichbaren Westbesoldung und Entlohnung ein deutliches Zeichen der Anerkennung gesetzt werden. Doch die Umsetzung verzögerte sich. Die GdP forderte den Innenminister auf, bis zur vollständigen Umsetzung der 60 % einen Abschlag von mindestens 300 DM zu zahlen.

Alexander Poitz



Einer meiner schönsten Momente in der GdP Brandenburg war 2011 meine erste Vorstellung der GdP gemeinsam mit Andreas Schuster bei den Neueinstellungen an der Hochschule der Polizei. Junge, strahlende Anwärteraugen wurden durch zwei Gewerkschafter für die GdP begeistert.

Ein Wohnheim für Polizeianwärter! Seit 2008 durfte ich dieses Thema verfolgen. Gespräche mit dem damaligen Innenminister Schönbohm und Abteilungsleiter Storbeck, Protest mit Karton und Schlafsack vor der HPol, Unterschriftaktionen, Anträge an den Landesdelegiertentag... Ab 2026 wird es vermutlich endlich ein Wohnheim geben. Dank Hartnäckigkeit ein gemeinsamer Erfolg der GdP Brandenburg.

Neue Struktur mit sechs Polizeipräsidien tritt in Kraft

Mit Verordnung des Ministeriums des Innern wurden am 1. November 1991 die Polizeipräsidien Oranienburg, Eberswalde, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, das Präsidium der Wasserschutzpolizei, ein Landeskriminalamt und wenig später die Einrichtungen Landespolizeischule (LPS), Bereitschaftspolizei (Bepo) und der Zentraldienst für Technik und Beschaffung (ZTB) gebildet. Neu war, dass die Behörden und Einrichtungen unter eine zivile Führung gestellt wurden.

Parallel mit der Umsetzung der Polizeistruktur konstituierten sich auch die GdP-Kreisgruppen neu. Die mit der neuen Struktur erforderlichen Personalratswahlen wurden wieder zu einem Erfolg der GdP. Und zu tun gab es für die GdP und ihre Mitglieder in den Personalräten nach wie vor reichlich. Es dauerte noch weit ins Jahr 1992, bis alle unsere Beschäftigten eine Tätigkeitsdarstellung und -bewertung erhielten. Die Stasi-Überprüfungen liefen auf Hochtouren. Für die GdP war es wichtig, dass neben der Durchführung eines rechtsstaatlichen Verfahrens auch einheitliche Maßstäbe bei der Entscheidung über eine Weiterbeschäftigung oder Entlassung in den Dienststellen angewandt wurden. Neben anderen war Jörg Volkhammer als Mitglied im Polizei-Hauptpersonalrat fast täglich als Vertrauensperson unterwegs, um unsere Beschäftigten bei der Ausfüllung der Personalfragebögen sowie den Anhörungen zur Seite zu stehen.

Wer glaubte, dass mit der Umsetzung der Polizeistruktur und dem weitestgehenden Abschluss der Stellenbesetzungen, Eingruppierungen und Verbeamtungen etwas Ruhe in die Polizei und die Arbeit der GdP Einzug hielt, sah sich schnell eines Besseren belehrt. Verschlissene Einsatzmittel, veraltete Kommunikationstechnik, der desolate Zustand vieler Dienstgebäude und der allgegenwärtige Personalmangel boten mehr als ausreichend Betätigungsfelder für die GdP.

So ist es auch dem Druck der GdP zu verdanken, dass 1992 im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit“ begonnen wurde, 34 Wachen umzubauen und die Technik auf den neusten Stand zu bringen. Dabei stand vor allem die Sicherheit im Mittelpunkt.



Die ersten Polizeipräsidenten v.l. Graf D. von Schwerin, M. Schäufler, H. Lietsch, Leiter Polizeiabteilung H. Bosch, Dr. P. Krimße, J. Lüth, U. Leichsenring



Neue und moderne FustKw

GdP gründet eigenes Bildungswerk

Auf Grund des großen Schulungsbedarfs gründete sich am 5. Februar 1992 das GdP-Bildungswerk. Anfänglich unter Leitung von Matthias Leyer konzipieren, organisieren und führen ehrenamtliche Teamer aus den Kreisgruppen Seminare durch, in denen Wissen zum Disziplinarrecht, Beamtenrecht, Personalver-



Eines der ersten Seminare zum Thema Internet

tretungsrecht und zur Konfliktbewältigung vermittelt werden. Die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ oder „Elternzeit“ haben sich zu Dauerbrennern entwickelt.

Mit der Einführung der freien Heilfürsorge mit freier Arztwahl zum 1. Juli 1993 erzielte die GdP nach unzähligen Gesprächen auf politischer und dienstlicher Ebene einen weiteren Erfolg für unsere Polizeivollzugsbeamten.

Der „Grüne Stern“ hilft



Am 1. September 1994 gründet sich der „Grüne Stern – Gemeinnützige Polizeihilfe Brandenburg e. V.“ Zum Vorsitzenden wurde Ulrich Rätzel gewählt. In den folgenden Jahren unterstützte die GdP mit diesem Verein in Not geratene Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörige. Krankenbesuche bei im Dienst verletzten Polizistinnen und Polizisten, Hilfe bei Behörden-gängen oder die Organisation von Spendenaufrufen bestimmen die Arbeit des Vereins.

Lukrative Angebote der GdP Poliservice GmbH



GdP Poliservice und Veranstaltungen GmbH Landesbezirk Brandenburg

Um die Attraktivität der Mitgliedschaft in der GdP weiter auszubauen, wurde am 20. Dezember 1995 die „GdP Poliservice und Veranstaltungen GmbH“ ins Leben gerufen. Renner der ersten Jahre waren die Vermittlung von Handys und Autos sowie Reisen mit deutlichen Preisnachlässen. Aber auch die Durchführung von Veranstaltungen der GdP und der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb werden nun über die GmbH abgewickelt.

Mit der Einführung einer Regelung zur Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte zum 2. September 1998 konnte die GdP einen weiteren Erfolg verbuchen. Eine entsprechende Regelung trat zum 16. Oktober auch für Beamte in Kraft.

Wichtige Regelungen im Jahr 1999

Auf Druck der GdP trat zum 1. März 1999 die Arbeitszeitverordnung Polizei in Kraft. Mit der Verordnung wurden wesentliche Regelungen zur Schichtlänge, zur Anzahl freier Wochenenden und zur Freizeit zwischen den Schichten getroffen. Auch die bis dahin unterschiedlichen Regelungen zur Anrechnung von Übergabezeiten beim Schichtwechsel wurden vereinheitlicht.

Mit dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Verwaltungsoptimierung am 7. Juni 1999 wurden betriebsbedingte Kündigungen beim Wegfall des Dienstpostens im Zusammenhang mit Umstrukturierungen in der Polizei ausgeschlossen und die Weiterbeschäftigung unserer Kolleginnen und Kollegen gesichert.



Obwohl sich in vielen Bereichen des Lebens die Preise dem Westniveau angenähert hatten, waren 10 Jahre nach dem Mauerfall Besoldung und tarifliche Bezahlung noch weit vom Westniveau entfernt. Am

14. November forderte die GdP mit der Aktion „Schluss mit der Salami-taktik“ die Angleichung der Bezahlung.

Neues Versetzungsverfahren soll Klarheit schaffen

Die Versetzungspraxis nach Abschluss der Ausbildung bzw. dem Studium an der Fachhochschule der Polizei (FHPol) gestaltete sich zunehmend schwierig. Die Absolventen erfuhren oft erst sehr spät, in welchen Bereichen der Polizei sie ihren Dienst aufnehmen sollten. Das machte die Suche nach erschwinglichem Wohnraum oft schwierig. Die GdP forderte das Innenministerium auf, das Versetzungsverfahren neu zu regeln und für mehr Planungssicherheit zu sorgen.

Schon wieder eine Polizeireform

Mit dem neuen Innenminister Schönbohm wurde auch die Polizei erneut umstrukturiert. Laut Kabinettsbeschluss vom 19. September 2000 sollte die Anzahl der Polizeipräsidien auf zwei und die Schutzbereiche auf 15 reduziert werden. Entgegen der offiziellen Aussage, dass die Bürger mehr Grün auf die Straße bekämen und das Land sicherer werde, handelte es sich in Wahrheit um eine Personalabbaureform. Nach dem Wortbruch des Innenministers, die Beschäftigten in die Polizeireform einzubeziehen, bildete die GdP eine eigene „AG Struktur“.

Eine der vielen Aktionen zum Wortbruch der Landesregierung



Bodo Böhlemann



Der schönste gewerkschaftliche Hunger – Der Landesbezirksvorstand hatte zu einer Demo Mitte der 2000er aufgerufen, um gegen Wachenschließungen und den dramatischen Stellenabbau auf 7.000 Polizeibedienstete anzugehen. Die Kreisgruppe FHPol fuhr mit fast 400 Kolleginnen und Kollegen nach Potsdam. Bei der Anfahrt kam in mir als Kreisgruppenvorsitzender ein mulmiges Gefühl auf. Würden die Parkplätze überhaupt reichen und reihen wir uns etwas ungünstig vom Hauptgeschehen entfernt ein. Nach der Demo dann die nächste „Enttäuschung“. Weil viel mehr als geplant zur Demo kamen, reichte das vorbereitete Essen nicht für alle aus, so dass wir unversorgt wieder in die Busse steigen mussten. Die Schnellrestaurants an der Heimstrecke waren dann gut gefüllt mit Anwärtern und Stammbediensteten. Nach dieser Demo und einer Volksbefragung mit fast 100.000 abgegebenen Stimmen setzte langsam so etwas wie ein Sinneswandel in der Politik ein. Dafür bin ich gerne mit knurrenden Magen wieder in den Bus eingestiegen. Diese in besagten Stunden erlebte Erfahrung, für eine gerechte Sache gemeinsam in großer Zahl öffentlich einzutreten, bleibt für immer.

Polizeibeschäftigte gehen auf die Straße

Die fehlende Anerkennung von Leistungen blieb für die GdP ein Dauerthema. Am 14. August 2.000 demonstrierten 5.000 Polizeibeschäftigte vor dem Landtag in Potsdam gegen die wiederholte Abkopplung der Beamtenbesoldung vom Tarifiergebnis. Aber es ging auch um die schleppende Angleichung der Bezahlung an das Westniveau. Unter dem Druck der GdP wurde das für Beförderungen vorgesehene Budget von 150.000 auf 518.000 DM aufgestockt. Aufgrund zunehmender Angriffe auf Polizisten erreichte die GdP im Dezember 2000 die Beschaffung von ballistischen Unterziehwesten mit integriertem Stichtschutz.

Rheinsberg im Ausnahmezustand

Urlaubs- und Dienstfreisperre für die Brandenburger Polizei. In Vorbereitung des KKW-Rückbaus rollte am 9. Mai 2001 ein Castor-Transport von Rheinsberg ins Zwischenlager Lubmin. Der Personalrat wurde durch den damaligen Leiter Einsatz und Ermittlungen des Polizeipräsidiums Oranienburg, Uwe Westen, nicht nur in die langfristigen Vorbereitungen bei der Dienstplanung und Unterbringungen für die 4.300 Einsatzkräfte einbezogen. Zur „Überwachung“ der Arbeitsorganisation und -zeiten wurden auch für den Personalrat während der gesamten

Einsatzzeit Übernachtungsmöglichkeiten in Rheinsberg angemietet. Gemeinsam mit Personalvertretern der anderen Präsidien organisierten wir unter der Fahne der GdP eine rund-um-die-Uhr-Versorgung der Einsatzkräfte mit aktuellen Informationen, Kaffee und Süßigkeiten. Möglicherweise war das die Geburtsstunde der „Gummibärchenbande“.



Heiß begehrt: Kaffee, Getränke und natürlich Süßes!

„Lasst uns doch einfach unsere Arbeit machen!“

So dachten viele Beschäftigte über die Polizeireform, die trotz aller Probleme am 1. Juli 2002 in Kraft trat. Um die von der Auflösung der

Polizeipräsidien Eberswalde und Oranienburg betroffenen Landräte politisch ruhig zu stellen, wurde das LKA nach Eberswalde verlegt und die Fachhochschule der Polizei musste nach Oranienburg umziehen. Neben vielen Fehlentscheidungen kritisierte die GdP vor allem, dass die Stellenbesetzungen einem türkischen Basar glichen. Es sollte noch ein Jahr dauern, bis die finanziellen Mittel bereitgestellt wurden, um die mit der Reform entstandenen Trennungsgeldansprüche zu begleichen und die Rechtsansprüche auf Höhergruppierungen umzusetzen. Im März 2003 und nach vielen Gesprächen erreichte die GdP, dass das Innenministerium seine bisherige Auffassung zum Ausgleich von Rufbereitschaft änderte und somit war die Brandenburger Polizei denen der anderen Länder annähernd gleichgestellt. Trotz des politisch beschlossenen Personalabbaus im Öffentlichen Dienst setzte die GdP den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und die Fortzahlung des Weihnachtsgeldes durch. Die vom Innenministerium beabsichtigte Kürzung der Wechselschichtzulage im Zusammenhang mit Urlaub, Sonderurlaub und Krankheit konnte die GdP verhindern.

Auch wenn der 2004 unterzeichnete Sozialtarifvertrag kein Erfolg war, so sicherte er bei einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 20 % unseren Beschäftigten einen Kündigungsschutz bis zum 31.12.2009. Endlich! Nach fast zwei Jahren und nachdrücklichen Gesprächen mit den personalführenden Stellen in den Polizeipräsidien und dem Innenministerium wurden bis zum August 2004 reformbedingte Eingruppierungen abgeschlossen und Höhergruppierungen umgesetzt. Im Dezember lehnte die GdP die Einstellung von Arbeitslosengeld II-Empfängern und die Einrichtung von Ein- oder Zwei-Euro-Jobs in der Polizei zur Kompensation des Personalmangels ab.

JUNGE GRUPPE stellt Arbeit auf neue Füße

Um die Interessen unserer Auszubildenden, Studierenden und jungen Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen besser vertreten zu können, gründete sich die „JUNGE GRUPPE“ der GdP am 4. und 5. März 2005 neu. Vorsitzender wurde Paul Noack. Neben der Mitgliedererwerbung, den Versetzungsverfahren in die zukünftigen

Dienststellen und attraktiven Veranstaltungsangeboten stand die Forderung nach einem Studentenwohnheim im Zentrum ihrer Arbeit. Im Mai 2005 kritisierten alle drei Berufsvertretungen in einer gemeinsamen Erklärung die beschlossene Streichung von 910 Stellen und die Absicht, darüber hinaus weitere 585 Stellen abzubauen. Und die „Liste der Schlechtigkeiten“ riss nicht ab. Nur mit Druck auf Finanz- und Innenministerium konnten im Juni 550 Beförderungen und die Ernennung der Aufsteiger vollzogen werden. Die von Finanzminister Speer beabsichtigte Kürzung des Weihnachtsgeldes konnte deutlich abgemildert werden.

Anlässlich des 5. Ordentlichen Delegiertentages im Februar 2006 machte die GdP gegenüber der anwesenden Politik deutlich, dass sie den Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Kompensation des Personalabbaus kategorisch ablehnt.

Am 15. März 2006 erreichten die JUNGE GRUPPE, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und der Personalrat der FHPol, dass die Einstellungsjahrgänge 2003/04 unentgeltlich auf dem Campus wohnen konnten.



Klausur der JUNGEN GRUPPE

Andreas Bernig



Meine spannendste Erfahrung in den 35 Jahren war der Spagat zwischen Mitglied des Landtages für „DIE LINKE“ und gleichzeitig Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GdP. In der Opposition von 2005 bis 2009 waren Partei und GdP verlässliche Partner. In Regierungsverantwortung von 2009 bis 2019 war es ein kaum auszuhaltendes Spannungsverhältnis, weil ich plötzlich auch auf der Arbeitgeberseite stand.

Bei meiner Auszeichnung mit der „Hans-Böckler-Medaille“ des DGB im Februar 2020 würdigte Andreas Schuster mein Engagement mit den Worten: „Andreas Bernig war und ist Gewerkschafter durch und durch. Er hat, entgegen einiger Kritiker, den Spagat zwischen seinem Landtagsmandat und seiner Funktion in der Gewerkschaft der Polizei gemeistert. In erster Linie war er immer Gewerkschafter.“ Das war für mich, neben der Gründung der Gewerkschaft, das schönste Erlebnis und die größte Auszeichnung.

Im Juli 2006 wurde unsere Forderung nach einer Dienstvereinbarung zur Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells umgesetzt. Am 14. August 2006 bildete sich der Fachausschuss „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ und am 6. September der Fachausschuss „Aus- und Fortbildung“.

Erneuter Wortbruch der Landesregierung

Wegen der erneuten Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung und der beabsichtigten vollständigen Streichung des Weihnachtsgeldes ließ die GdP ihre Arbeit in der Zentralen Projektgruppe ruhen. Mit der Schließung der Polizeiwachen Potsdam Nord, Zossen, Nauen, Beeskow, Cottbus City und Jüterbog im November 2006 und der Streichung von 400 Stellen bei der Kriminalpolizei brach der Innenminister sein Versprechen zum Erhalt aller Polizeistandorte.



Am 22. November 2006 organisierte die GdP die bisher größte Demo in Potsdam. 8.000 Teilnehmer, darunter 5.500 Polizeiangehörige protestierten gegen Personalabbau, fehlende Zusagen zur Übernahme des Tarifiergebnisses und der Ost-West-Angleichung sowie die Streichung des Weihnachtsgeldes.



Demo vor dem Landtag in Potsdam

Gemeinsam mehr erreichen

Am 12. Januar 2007 lud die GdP Vertreter von 29 Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, des DGB und DBB ein, um gemeinsam Maßnahmen gegen das Unterlaufen des Solidarpakts, für die Ost-West-Angleichung und die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses für die Beamten zu verabreden.

Die Maßnahmen hatten Erfolg. Die Übernahme des Tarifiergebnisses für die Beamten erfolgte 1:1 und die Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) betragen 500 Euro plus einer Überschussbeteiligung von 549 Euro.

Die von ihr initiierte Mitarbeiterbefragung in der Polizei zog die GdP zurück, weil sich das Innenministerium weigerte, auch Fragen zur Besoldung, Versorgung und Beförderungssituation aufzunehmen.

Im Juli 2007 kritisierte die GdP scharf die Auflösung der Kriminalpolizei in den beiden Präsidien und im September machte sie den Inspekteur der Polizei darauf aufmerksam, dass wegen der dramatischen Personalknappheit in einigen Bereichen des Wach- und Wechseldienstes 12-Stunden-Schichten gefahren werden müssen, um den täglichen Dienst überhaupt noch aufrecht erhalten zu können.



Demo gegen das Unterlaufen des Solidarpakts

Auf Initiative der GdP-Frauengruppe wurde der Schutzbereich Havelland im Mai 2008 als erste Polizeidienststelle im Rahmen des Verfahrens „Audit Berufundfamilie“ zertifiziert. Mit der besseren Vereinbarung von Beruf und Familie sollte auch die Attraktivität des Polizeiberufes gesteigert werden.

Im Januar 2009 unterzeichnete die GdP den Sozialtarifvertrag zum Verwaltungsumbau und regelte damit u.a. den Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen, die Zahlung von Mobilitätsprämien, die Verbesserungen in der Trennungsgeldverordnung, Qualifizierungsmaßnahmen und Härtefallregelungen.

Neue Ideen und Maßnahmen

Die AG „Pinocchio“, die ein Jahr später zur AG „ROT-ROT“ erweitert wurde, erarbeitete ab März 2009 Vorschläge für Maßnahmen, Aktionen, Transparente und Plakate zur Unterstützung der Arbeit der GdP. Dazu gehörten die Herstellung einer CD mit dem selbst getexteten Schmählied auf die Landesregierung und ein Tütchen mit zwei Hagebutten und der Anleitung zum Selbsttest „Juckt mich eigentlich noch was?“ für die Delegierten des SPD-Parteitag.

Auf Isomatten und in Schlafsäcken machten unsere jungen Kolleginnen und Kollegen mit einem Camp vor den Toren der Fachhochschule auf die prekäre Wohnraumsituation aufmerksam.

Mit dem neuen Entwurf zur Laufbahnverordnung der Polizei wurde endlich die GdP-Forderung zur Übernahme der Auszubildenden und Studierenden umgesetzt.

Nach vielen Aktionen der Jungen Gruppe und der Kreisgruppe FHPol nahm die Stadt Oranienburg im Oktober 2009 die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer für die Unterbringung an der FHPol wieder zurück. Im November 2009 konnte die GdP trotz des Stellenabbaus die Einstellung von 300 zukünftigen Polizistinnen und Polizisten durchsetzen.



Eine der vielen Ideen der AG ROT-ROT



Bei eisiger Kälte macht die JUNGE GRUPPE auf die Wohnungssituation in Oranienburg aufmerksam

Lina Wiesner



Ohne unser GdP-Team hätte ich es nach meiner Verletzung in der Ausbildung niemals geschafft, den Dienstunfall anerkannt zu bekommen – und wäre heute nicht dort, wo ich bin. Aber die GdP war für mich viel mehr als nur Unterstützung in einem Moment. Ohne die GdP hätte ich nie so viele engagierte, tolle Menschen kennen gelernt – Kolleginnen und Kollegen aus allen Bundesländern, aber auch weit darüber hinaus: aus den Niederlanden,

Norwegen, der Schweiz – bis nach New York. Mit denen man dann auch seinen 23. Geburtstag in Rotterdam verbringt – #IPYC2019, unvergessen. Die GdP gibt Sicherheit – und öffnet zugleich Türen, die weit darüber hinausgehen. Und das bleibt mehr als ein einmaliges Erlebnis.

Politische Entscheidung mit schlimmen Folgen

Als Rainer Speer im November 2009 Innenminister wurde, hatte er bereits den Auftrag, die Polizeistrukturen zu reformieren. Ohne jedoch die bisherigen Strukturen auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen, legte Speer fest, dass die Polizei zukünftig mit 7.000 Planstellen ausreichend

ausgestattet sei. Eine Entscheidung, die die Polizei noch jahrelang vor erhebliche Personalprobleme stellte. Der Wach- und Wechseldienst war kaum noch aufrechtzuerhalten und obwohl Wasserschützer zweckentfremdet die Dienstgruppen auffüllen mussten, fuhren immer weniger Funkstreifenwagen durchs Land.

GdP genießt das Vertrauen der Beschäftigten

Trotz aller Probleme errang die GdP 78 % der abgegebenen Stimmen bei den Personalratswahlen im März 2010.

Erleichtert waren vielen Kolleginnen und Kollegen, als am 1. Juli 2010 die unsäglichen Zielvereinbarungen (eigentlich waren es Zielvorgaben) und zum 1. September das Bürokratiemonster „proweb.sax“ auf Drängen der GdP wieder abgeschafft wurden.

Die immer dramatischer werdende Situation in der Polizei veranlasste die GdP im September 2010 zum Start der Volksinitiative „Für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbaren präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“

Nach nur drei Monaten übergab

die GdP statt der erforderlichen 20.000 insgesamt 79.500 Unterschriften an den Landtagspräsidenten Gunter Fritsch.

Nach einem Initiativantrag erkannte das Polizeipräsidium am 8. August 2011 die erhöhte Lärmexposition auf Autobahnen an. Es wurden aktive Gehörschutzmittel zu Testzwecken beschafft.

Gewalt gegen Polizisten nimmt zu

Nicht nur bei der Absicherung von Veranstaltungen oder Demonstrationen nahm die verbale und körperliche Gewalt gegen Polizisten zu. Selbst im normalen Tagesdienst, beim Streifendienst oder Verkehrskontrollen werden Polizisten beschimpft, bespuckt und sogar tätlich angegriffen. Vor diesem Hintergrund startete die JUNGE GRUPPE am 10. März 2012 die bundesweite Aktion „Auch Mensch“.



Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Anhebung des Renteneintritts- bzw. Pensionierungsalters startete die GdP eine landesweite Petition gegen die Rente/Pension mit 67. Am 14. November 2012 machten sich mit einem Sternmarsch 3.500 Kolleginnen und Kollegen Luft wegen der nicht abreißen lassen Schlechtigkeiten wie der Streichung des Weihnachtsgeldes, dem Stellenabbau und der Kennzeichnungspflicht. Ab dem 15. Januar 2013 sollten Revierpolizisten im Internet nicht nur ihre jeweiligen Erreichbarkeiten für unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein Foto von sich veröffentlichen. Unsere Repos wurden nicht gefragt. Im Gegenteil – bei einer Weigerung wurde mit der Umsetzung in den Wach- und Wechseldienst gedroht. Die GdP sah in diesem Vorgehen einen Verstoß gegen das informelle Selbstbestimmungsrecht.

Zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes begann nach einem Initiativantrag der GdP über den P-HPR am 21. Mai 2014 die Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit Warnparkas.

Mit der Überarbeitung der Erholungs- und Dienstbefreiungsverordnung setzte die GdP die Dienstbefreiung bei Geburt eines Kindes, die Gewährung von bis zu drei Tagen Zusatzurlaub nach Ermessen des Vorgesetzten und Regelungen zur Dienstbefreiung bei der Erkrankung eines Kindes durch.

GdP-Geschäftsstelle zieht um

Sie arbeiteten für viele fast unsichtbar im Hintergrund. Doch die Arbeitsbedingungen unserer Beschäftigten in der GdP-Geschäftsstelle waren alles andere als gut. Die Geschäftsstelle in der Rudolf-Breitscheid-Straße platzte aus allen Nähten. Mit dem Umzug in die Großbeerenstraße zum 1. September 2014 verbesserten sich nicht nur die Arbeitsbedingungen für unsere Beschäftigten. Mit dem großen Beratungsraum entfiel auch die Anmietung von Räumen für Landesvorstandssitzungen und Beratungen.

Vorsorgekuren für alle Vollzugsbeamten

Mit dem Wegfall der bisherigen Altersgrenze von 35 Jahren und den funktionsbezogenen Einschränkungen (z.B. WWD, SE, Taucher) konnte die GdP einen weiteren Erfolg bei der Änderung der Heilfürsorge-

verordnung verbuchen. Seit dem 11. Februar 2015 kann jeder im Polizeivollzugsdienst eine Vorsorgekur beantragen. Mit einem Schreiben forderte die GdP den Innenminister auf, Vorsorgekuren auch für beihilfeberechtigte Vollzugsbeamte und für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung zu ermöglichen.

Nach jahrelangen Bemühungen erreichte die GdP am 05. Juni 2015, unterstützt durch einen Initiativantrag des P-HPR, den Abschluss der „Dienstvereinbarung zur Dienstzeitregelung und Versorgung der Polizei im Einsatz“. Von nun an zählte bei Einsätzen aus besonderem Anlass und bei Übungen die Zeit vom Verlassen der Dienststelle (einschließlich Vorbereitungszeit) bis zur Rückkehr vollständig als Arbeitszeit. Darüber hinaus wurden auch Standards für die Unterbringung und Versorgung bei mehrtägigen Einsätzen festgeschrieben.

25 Jahre GdP Brandenburg

Über 100 Gäste, darunter Wegbegleiter, Vertreter aus Politik und Kolleginnen und Kollegen feierten am 10. November 2015 den 25. Geburtstag der Brandenburger GdP. In seinem Rückblick erinnerte Andreas Schuster an die schwierigen Anfänge in der Wendezeit, die ersten Tarifverhandlungen, die vielen Demos gegen Stellenabbau und Wachenschließungen, gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes, für den Erhalt der Freien Heilfürsorge, für eine moderne materielle Ausstattung und mehr Personal. Einen besonderen Dank richtete Andreas Schuster an unseren Partner-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen für die Unterstützung beim Aufbau der Brandenburger

GdP. Zuversichtlich blickte Andreas nach vorn. „Unsere Auftragsbücher sind auch für die nächsten 25 Jahre gut gefüllt und für die Politik werden wir ein verlässlicher aber auch unbequemer Partner sein.“



Die GdP lehnt die Ideen eine Wach- und Hilfspolizei nach Berliner Vorbild zu schaffen vehement ab, da eine Polizei „zweiter Klasse“ weder unserem Anspruch an eine gut ausgebildete Polizei noch dem berechtigten Anspruch unserer Bürger gerecht wird.

Im März 2016 schloss der P-HPR, wieder auf Initiative der GdP, die „Dienstvereinbarung zur freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ ab. Auf Drängen der GdP wurden bei der Verlängerung monatlich zusätzlich 400 Euro brutto gezahlt. Mit der Forderung einer rückwirkenden und ruhegehaltfähigen Zahlung konnte sich die GdP jedoch nicht durchsetzen.



Symbolische Pfändung der Potsdamer Staatskanzlei

Seit nunmehr 11 Jahren ist die Besoldung auch in Brandenburg verfassungswidrig. Neben vielen anderen Aktionen „pfändete“ die GdP am 1. Juni 2017 symbolisch die Staatskanzlei in Potsdam.

Um ihre Ansprüche zu wahren, müssen unsere Beamten und Versorgungsempfänger bis heute jährlich Widersprüche gegen ihre Besoldung/Versorgung stellen.

Erfolge bei der Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes

In den Verhandlungen zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes im November 2017 konnte die GdP weitere Erfolge erringen. Je „Vollzeiteinheit“ werden jährlich 50 Euro für Maßnahmen im Gesundheitsmanagement zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde ab dem 1. Januar 2019 die freie Heilfürsorge wieder eingeführt. Bereitschaftspolizisten erhalten eine monatliche Zulage von 60 Euro, das Eingangsamt im Polizeivollzug wurde auf A 8 angehoben und finanzielle Mittel für jährlich 900 Beförderungen und Höhergruppierungen bereitgestellt.



Unterzeichnung des Verhandlungsergebnisses durch A. Schuster (GdP) und G. Fuchs (GEW) v.

Am 27. Juni 2018 folgte die Landesregierung unserer Forderung und nahm die Übernahme nicht vollstreckbarer Schmerzensgeldansprüche durch den Dienstherrn ins Landesbeamtengesetz auf.

Im Dezember 2018 wurden auf Initiative der GdP die „Dienstvereinbarung zum Umgang mit Konflikten, Mobbing und sexueller Belästigung in der Polizei“ und die „Dienstvereinbarung zur Finanzierung gesundheitsfördernder Maßnahmen und Projekte in der Polizei“ abgeschlossen. Wichtig in diesem Zusammenhang war, dass unsere Kolleginnen und Kollegen selbst entscheiden können, welche Maßnahmen oder Veranstaltungen von den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden sollen.



Unterzeichnung der Dienstvereinbarungen durch Innenminister K.-H. Schröter und P-HPR Vorsitzenden J. Göhring

Im gleichen Monat setzte die GdP durch, dass mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 die Stellenobergrenzen von 30 auf 70 erhöht wurden.

Michael Peckmann



Im Rahmen meiner Tätigkeit für die GdP Brandenburg seit 1990 habe ich ganz besondere Erfolge unseres gewerkschaftlichen Einsatzes miterlebt. Unmittelbar nach der Wende konnte einiges in direkten Gesprächen, ohne langwierige Verhandlungsrunden und umfassenden Beteiligungen, geregelt werden. Später wurde es schwieriger, politische Entscheidungen zu korrigieren oder deren Umsetzung zu verhindern. Gelingen ist uns dieses in wichtigen Fällen dennoch. Die komplette Streichung des Weihnachtsgeldes konnten wir verhindern und wir haben vieles im Rahmen der Attraktivitätssteigerung erreicht. Dienstzeitregelungen, Bepozulage, freie Heilfürsorge und, und ...

Als Gewerkschaftssekretär habe ich sehr eng mit Andreas Schuster zusammengearbeitet. Oft haben wir bis tief in die Nacht zusammengesessen, Stellungnahmen geschrieben und Gespräche vorbereitet. Und über die Jahre ist dabei auch eine Freundschaft entstanden. Deshalb weiß ich, wie kaum ein anderer, wie schwer es Andreas gefallen ist, seine Ämter krankheitsbedingt vorzeitig niederlegen zu müssen. Es erfüllt mich heute mit Stolz und ich danke Andreas, dass ich mit ihm und unserer GdP turbulente, aufregende, manches Mal ernüchternde, anstrengende aber insgesamt erfolgreiche Jahre erleben konnte.

Mike Grommisch



Eines meiner beeindrucktesten Erlebnisse mit der GdP begann beim LDT 2010 am Kongresshotel in Potsdam. Mathias, Alex, ich und weitere Kollegen verkleideten sich als sehr alte Polizisten mit Rollstühlen, Rollatoren, Krückstöcken und empfingen den damaligen Innenminister Speer als Rentnerpolizei am Eingang, um deutlich zu machen, was seine Politik für die Zukunft der Brandenburger Polizei bedeutet.

Diese und weitere Aktionen mündeten 2012 in den großen Sternmarsch von Potsdam mit anschließender Demo am Landtag. Es war ein beeindruckendes Bild, als über 3.500 Polizisten gemeinsam mit vielen weiteren Menschen ihrem Unmut Luft verschafften. Es war der Start gegen die Rente / Pension mit 67, die beabsichtigte Verlängerung der LAZ, die Streichung des Weihnachtsgeldes, den Stellenabbau und die Kennzeichnungspflicht.



Infoveranstaltung zur Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge

Am 1. Januar 2019 trat die freie Heilfürsorge in Kraft, damit entfiel die Zuzahlung von 1,4 %. Im Vorfeld hatte die GdP zusammen mit der SIGNAL IDUNA zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt, um unseren Kolleginnen und Kollegen die Entscheidung zum Verbleib in der Heilfürsorge oder den Wechsel in die Beihilfe zu erleichtern. Auch die vielen Aktivitäten der Jungen Gruppe, der JAV und JASV in den vergangenen Jahren hatten endlich Erfolg. Zur Verbesserung der Wohnsituation unserer Auszubildenden und Studierenden erfolgte am 17. Juli 2019 der Projektstart zum Bau eines Studentenwohnheims mit 400 Plätzen auf dem Gelände der ehemaligen Polizeiinspektion in Oranienburg. Mit einem Initiativantrag über den P-HPR reagierte die GdP auf die Folgen des Klimawandels und schloss mit dem Innenminister eine „Vereinbarung für Maßnahmen zum Wärmeschutz im Liegenschaftsbestand und deren Berücksichtigung bei Neubauten“ ab.

Corona verändert vieles

Im März 2020 war Corona auch in Brandenburg angekommen. Um die Polizei als systemrelevante Organisation einsatzfähig zu halten, wurden Arbeitsabläufe umgestaltet und Besprechungen fanden in Telefon- oder Videokonferenzen statt. Die GdP forderte das Innenministerium auf, durch flexible Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen auf die neue Situation zu reagieren. Was vor Jahren noch undenkbar war, wur-

Petra Schäuble



„Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Mein Herz klopfte im Vorfeld all unserer Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen ziemlich wild. Wird alles wie geplant verlaufen. Ganz besonderer Gänsehautmoment, wenn ein Bus nach dem anderen aus den Kreisgruppen anrollte und der Stellplatz sich füllte. Zu unserer Gemeinschaft der GdP zu gehören, nicht passiv zu sein, sich einzusetzen, woran man glaubt... oft entscheidend, um Veränderungen herbeizuführen.

Unvergessen – nicht planbar – alle teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen (einschließlich Diensthunde) drehen sich um... zeigen dem Dienstherrn während seiner Rede (entspricht inhaltlich nicht den Erwartungen) den Rücken. Gewerkschaften in Deutschland, Demonstrationsrecht..., gehört zu unserer Demokratie und das ist gut so, keine Selbstverständlichkeit. 35 Jahre Polizei in Brandenburg = 35 Jahre erfolgreiches anerkanntes Wirken der Gewerkschaft der Polizei Brandenburg = was für ein Jubiläum! Bin stolz darauf, von Anfang an dazu zu gehören.

de durch Corona plötzlich möglich. Über den ZDPol wurden Laptops beschafft und damit vielen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zum Homeoffice eröffnet.

Am 20. Mai 2020 konstituierte sich der Fachausschuss „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Nicht nur die Auswirkungen der Corona-Krise, auch die Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen des Klimawandels waren die bestimmenden Themen. Zur Vorsitzenden wurde Grit Schulz-Radloff gewählt.

Seit Jahren kritisierte die GdP die Praxis der Zwangsversetzungen zum Einsatz- und Lagezentrum und forderte unter anderem, den Ursachen für den schlechten Ruf des ELZ auf den Grund zu gehen. Auf Initiative der GdP lud der Polizeipräsident am 19. November 2020 Vertreter der Personalräte und Gewerkschaften ein, um gemeinsam Lösungen für die Personalgewinnung zu finden.

Politik misstraut der Polizei

Regelungen aus dem Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz, Extremismus-Check, Polizeibeauftragter und die Debatte über eine Studie zu „Racial Profiling“. Während 82 % der Bevölkerung ihrer Polizei laut einer Umfrage vertrauten, schien es in der Politik ein Feindbild zu geben. In der Diskussion um einen Verfassungstreue-Check stellte die GdP klar, dass eine Beschränkung auf die Polizei eine Stigmatisierung darstellt und forderte für den Fall einer Überprüfung, dass auch Lehrerinnen und Lehrer, Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte einzubeziehen sind.

Vorbereitung zum Generationswechsel in der GdP

Wie kein anderer hatte Andreas Schuster als Vorsitzender 31 Jahre lang die GdP in Brandenburg geprägt. Mit seiner direkten Art, seiner Beharrlichkeit und seinem unerschütterlichen Optimismus war er seit 1990 ein geachteter, aber auch streitbarer Partner in der Politik und Anwalt für die Beschäftigten in der Polizei. Jedoch näherte sich auch Andreas Schuster, fast gleichzeitig mit vielen seiner langjährigen Wegbegleiter, dem Pensionseintrittsalter. In Vorbereitung des kommenden Landesdelegiertentages nominierte der Landesvorstand am 6. April 2021 Anita Kirsten zur Spitzenkandidatin für den Landesvorsitz. Auch beim „Grünen Stern“ wurde der Staffelnstab übergeben. Nach vielen Jahren übergab Ulrich Rätzel das Ruder an Grit Schulz-Radloff. Die Landesseniorengruppe beriet in Cottbus über ihre zukünftige Arbeit für die rund 1.200 Rentner und Ruheständler. Nach vielen Jahren übergab Angelika Bresler das Zepter an Wolfgang Frick. Steffanie Basel, die in den vergangenen Jahren die Geschicke der Landesfrauengruppe lenkte, übergab ihre Arbeit nun in die Hände von Kerstin Ohde.

Während in anderen Teilen des Öffentlichen Dienstes Coronaprämien gezahlt wurden, beabsichtigte das Innenministerium wegen der angespannten Haushaltslage, die Anzahl der Beförderungen für das Jahr



2021 zu halbieren. Nach vielen Gesprächen gelang es der GdP jedoch, auch für das laufende Jahr 900 Beförderungen und Höhergruppierungen als Anerkennung für die Leistungen der Polizei durchzusetzen.

Am 16. August 2021 begann das von der GdP initiierte Screening 2.0 im Polizeipräsidentium. Wie schon vor 10 Jahren ging es darum, unsere Kolleginnen und Kollegen nach dem inneren Zustand der Polizei zu befragen. Themen wie physische und psychische Belastungen, das soziale Klima, das Verhalten von Führungskräften, die Arbeitsbedingungen und die persönliche Verbundenheit mit der Organisation Polizei standen dabei im Mittelpunkt.

Gedrückte Stimmung zum Beginn der Landesvorstandssitzung am 22. Oktober 2021. In einer Telefonschaltung gab Andreas Schuster bekannt, dass er auf Grund seines Gesundheitszustandes alle seine Ämter niederlegen müsse. Für Andreas war dies sicher die schwerste Entscheidung seines Lebens und der Landesbezirk verlor mit ihm einen der erfolgreichsten Landesvorsitzenden und einen Verfechter der Brandenburger Interessen auf Bundesebene der GdP.

Am 9. Februar 2022 kritisierte die GdP die Einrichtung eines Beauftragten für Polizeiangelegenheiten. Vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Beschwerde- und Konfliktmanagements, Beauftragten und Personalvertretungen äußerte sich die GdP dazu kritisch und sah hier einen weiteren Misstrauensbeweis und nicht mehr als Symbolpolitik.



Landesvorsitzende Anita Kirsten (mitte) mit dem neuen GLBV

Auf dem Landesdelegiertentag am 25. Februar 2022 wurde ein neuer GLBV und Anita Kirsten zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Andreas Schuster wurde Ehrenvorsitzender des GdP Landesbezirks Brandenburg.

Unter dem Motto „Notruf 110 – Ausgrenzung der Pensionäre des Landes Brandenburg“ forderte die Seniorengruppe der GdP am 8. Juni die Fraktionsvorsitzenden und Innenpolitischen Sprecher auf, unsere Pensionäre nicht länger von der Einkommensentwicklung und den Einmalzahlungen abzukoppeln.

Auf dem Bundeskongress der GdP im September 2022 in Berlin wurde Alexander Poitz zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Neben den Brandenburger Interessen ist er auch für Kriminalpolitik, gewerkschaftliche Werbung, Digitalisierung und KI zuständig. Im April 2023 verlieh Ministerpräsident Dietmar Woidke Andreas Schuster im Rahmen eines Krankenbesuchs den neu gestifteten „Coin“ – als erstem Brandenburger überhaupt. „Ein streitbarer und kritischer



Der „Coin“, Auszeichnung für Menschen, die sich in besonderem Maße für das Gemeinwohl engagiert haben

Kopf, dem die Landesregierung, die Verwaltung und die gesamte Brandenburger Polizei viel zu verdanken habe“, so der Ministerpräsident in seiner Begründung.

Am 28. Juni 2023 forderte die GdP die personelle Stärkung der Kriminalprävention. Im Landkreis Havelland betreute nur noch ein Kollege zu Gewalt-, Drogen-, Mobbing-, Senioren- und Internetprävention sowie 48 Schulen.

„Wir backen uns unser Personal selbst.“ Am 21. September machten Kolleginnen und Kollegen mit selbstgebackenen Polizeifiguren aus Kuchenteig inklusive einem Rezept für eine gute Polizei die Landtagsabgeordneten auf die nach wie vor prekäre Personalsituation in der Polizei aufmerksam.

Weiteres Attraktivitätspaket beschlossen

Nach zähen Verhandlungen wurden am 18. Oktober 2023 weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes beschlossen. Dazu gehörten die Anhebung der Polizeizulage auf 100 Euro nach einem Dienstjahr und auf 200 Euro nach zwei Dienstjahren, eine Erschwerniszulage von 150 Euro für Polizeivollzugsbeamte, die im Bereich der Kinderpornografie arbeiten und eine Zulage für Polizeivollzugsbeamte, die Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg begleiten. Das Tarifergebnis wurde 1:1 für die Beamten und Pensionäre übernommen.



Beweislastumkehr zum Nachteil unserer Beamten

Die GdP Brandenburg erhob schwere Vorwürfe gegen die am 26. April 2024 im Landtag Brandenburg verabschiedeten Änderungen im Landesdisziplinarrecht. Während das Ziel, extremistische Elemente aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, uneingeschränkt

Franky Schneider



Von Anfang an war ich mit dabei. Erst in meiner Hubschrauberstaffel, dann in der LESE und ab 1998 im Geschäftsführenden Landesvorstand als Stellvertreter für Tarif. So manches Mal haben wir uns bei Tarifverhandlungen die Nächte um die Ohren geschlagen. Für mehr oder weniger befriedigende Tarifergebnisse. Ich habe in all den Jahren viele tolle Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Dafür bin ich noch heute dankbar. Es war eine schöne Zeit.

unterstützt wurde, ging die Landesregierung mit den geplanten Änderungen im Disziplinarrecht eindeutig zu weit. Mit den verschärften Regelungen im Landesdisziplinargesetz können seither Dienstvorgesetzte nun statusändernde Maßnahmen vollziehen. Solche Maßnahmen waren zuvor den Gerichten vorbehalten. Betroffene müssen ihr Recht jetzt auf eigenes Risiko wieder zurückklagen.

Kampf um Tarifergebnis erfolgreich

Die Unterstützung unserer Verhandlungsgruppe in Potsdam für ein gutes Tarifergebnis hatte sich ausgezahlt. Gut 10 % mehr Geld in zwei Stufen rückwirkend zum 1. Januar bzw. 1. Juli 2024. Der Landtag beschloss im Juni die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses für die Beamten und Versorgungsempfänger. Auch die Anwärtergrundbeträge wurden in zwei Stufen um insgesamt 150 Euro angehoben.

Im Koalitionsvertrag vereinbarten SPD und BSW die Erhöhung der Stellenzahl für die Polizei auf 9000. Damit wurde eine jahrelange Forderung der GdP endlich umgesetzt. Mit der Erhöhung sind auch der Ausbau und die Modernisierung der Hochschule der Polizei sowie die Modernisierung der Polizeitechnik vorgesehen.

Angesichts der Debatte um eine mögliche „märkische Grenzpolizei“ bekräftigte die GdP im März 2025, dass die Grenzsicherung eindeutig Aufgabe der Bundespolizei sei und bleiben müsse. Eine eigenständige Landesgrenzpolizei würde nicht nur zu Kompetenzkonflikten führen, sondern auch die ohnehin mangelnde personelle Ausstattung zusätzlich belasten.

Was nicht vergessen werden darf

Auch wenn aus Platzmangel nicht im Einzelnen aufgeführt, so gehören zu den 35 Jahren Arbeit der GdP auch die insgesamt 22 Fachtagungen mit unterschiedlichsten Themen, die parlamentarischen Abende zu den drängendsten Problemen in der Polizei, die Unterstützung unserer Mitglieder in rund 1.500 Rechtsschutz- und Disziplinarverfahren und

die Events für die aktivsten Mitglieder aus den Kreisgruppen. Wir haben in 35 Jahren knapp 600 Anträge auf unseren 9 Landesdelegiertentagen beschlossen und bearbeitet. Unsere Kreisgruppen haben über 80 Polizeifeste organisiert, Seniorenveranstaltungen und Kinderweihnachtsfeiern durchgeführt, unzählige Gespräche mit politischen Verantwortungsträgern geführt, am 8. März an unsere Kolleginnen gedacht und sich zusammen mit den Vertrauensleuten um die vielen kleinen und großen Probleme unserer Mitglieder gekümmert. Nicht zu vergessen die Beteiligung an den Tagen der offenen Tür und den Gesundheitstagen in den Dienststellen. Es ist inzwischen ganz selbstverständlich, dass polizeiliche Einsätze von unserer Gummibärchenbande begleitet werden.

Auch wenn wir in den vergangenen 35 Jahren nicht alle unsere Forderungen umsetzen konnten und auch Niederlagen einstecken mussten, so hat sich doch gezeigt, was wir sind:

Eine starke Gemeinschaft.

GdP – gut, dass es sie gibt!



Tommy Kühne



Im Kampf gegen die Anhebung der Lebensarbeitszeit im Polizeivollzugsdienst hatten wir am 29. Oktober 2013 den damaligen Innenminister Ralf Holzschuhe und die Innenpolitischen Sprecher von SPD und DIE LINKE ins „Café Heider“ eingeladen. Statt die Politiker noch einmal mit unseren Argumenten zu konfrontieren, drehten wir den Spieß um und baten sie, uns zu erklären, warum in den jeweiligen Laufbahnen unterschiedlich lange gearbeitet

werden soll und warum nur der g.D. die Jahre im Wechselschichtdienst angerechnet bekommen sollen. Natürlich konnten sie uns die unsinnige Regelung nicht erklären. Aber sie sagten den anwesenden 30 Kolleginnen und Kollegen zu, sich nochmal mit dem Gesetzentwurf zu befassen. Optimismus machte sich breit. Doch mit den Worten: „Wer seine Meinung (zum Gesetzentwurf) ändert wird unglaubwürdig!“ wurden alle Argumente von Tisch gefegt. Ich sehe das anders. Wenn Politik Fehler erkennt, aber nicht korrigiert, wird sie unglaubwürdig.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Brandenburg



**Gewerkschaft
der Polizei**

**BB
Bank**
Better Banking

BETTER BANKING für den öffentlichen Dienst

Die BBBank ist die bessere Bank für alle Privatkundinnen und -kunden sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst.



Ihre Vorteile:

- ✓ **Größte und modernste genossenschaftliche Privatkundenbank**
- ✓ **Persönliche Beratung** in den Kompetenzcentern und Filialen, per Video oder Telefon
- ✓ **Girokonto¹ mit höchster Kundenzufriedenheit und kostenloses junges Konto² für alle bis 30.**
- ✓ **Top-Konditionen**

 **Jetzt informieren** in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon 0721 141-0, E-Mail info@bbbank.de und auf www.bbbank.de/gdp

¹Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezügeingang.
²Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.

Folgen Sie uns



